

## NACHRICHTEN

## Millionen für Bauern

**LANDWIRTSCHAFT** sda. Der Nationalrat macht den Bauern ein Millionengeschenk: Sie sollen auf Gewinnen aus dem Verkauf von Bauland keine Bundessteuer zahlen müssen. Der Nationalrat will damit ein Bundesgerichtsurteil von 2011 rückgängig machen. Gelingt die Praxisänderung, würde das beim Bund und bei den Sozialwerken zu geschätzten Ausfällen von 400 Millionen Franken pro Jahr führen.

## Schweiz ist gut aufgestellt

**INNOVATION** sda. Das Forschungs- und Innovationssystem Schweiz ist gut aufgestellt. Verbesserungspotenzial gibt es bei der «Gewinnung von Talenten». Zu diesem Schluss kommt ein gestern von Bundespräsident **Johann Schneider-Amman** vorgestellter Bericht des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Der 230-seitige Bericht soll als Referenzwerk für die Diskussion über Forschung und Innovation in der Schweiz gelten.

## Machtkampf um Steuerreform

**BERN** Bei der Steuerreform plädierte Economiesuisse für einen Kompromiss. In der Wirtschaftskommission setzt sich aber die SVP durch.

TOBIAS GAFAFER  
schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats ist auf Kollisionskurs mit dem Ständerat, den Kantonen und der SP. Vor einer Woche lehnte sie bei der Unternehmenssteuerreform III einen Kompromiss ab, den die ständerätliche Schwesterkommission eingefädelt hatte. Diese schlug vor, dass die Kantone Dividenden auf grossen Beteiligungen mindestens zu 60 Prozent besteuern statt wie heute im Schnitt zu rund 50 Prozent.

So wollte sie die Kantone, die Linke ins Boot holen und Steuerausfälle kompensieren. Der Bundesrat schlug 70 Prozent vor, lief damit aber auf. Mit der Diskussionsverweigerung sei die Finanzierung der Reform gestorben, das Referendum werde unumgänglich, teilte die SP mit.

Pikant: Unterstützung für den Kompromiss signalisierte auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Das zeigt ein E-Mail an Mitglieder der nationalrätlichen WAK, das unserer Zeitung vorliegt. So gelinge es, die Kantone voll hinter die Vorlage zu bringen und die Mehrheitsfähigkeit der Reform bei einem Referendum zu verbessern, indem die Angriffsflächen reduziert würden, heisst es. Dem Verband liegt viel daran, dass die für die Schweiz wichtige Reform gelingt. Bern handelt nicht freiwillig, sondern auf Druck des Auslands, das gewisse Steuerprivilegien für Holdings nicht mehr duldet.

## Dividenden als rote Linie

Gegen den Dividenden-Antrag wehrte sich in der WAK auch eine Unternehmerin, die Bündner Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Die Chefin der Ems-Chemie ist in der neuen SVP-Leitung für die Wirtschaftspolitik zuständig. Dem Vernehmen nach soll sie gar mit dem Referendum von rechts gedroht haben, falls dieses Element in der Vorlage bleibt. Die Teilbesteuerung der Dividenden sei ein Element der vom Volk angenommenen Unternehmenssteuerreform II gewesen, sagt sie. «Die SVP konnte ein Zurückkommen nicht

unterstützen, hätte dies doch eine Steuererhöhung für KMU, Gewerbe und Start-up-Firmen bedeutet.» Damit hätte der Bund dies stellvertretend für 23 Kantone beschlossen. «Economiesuisse hat sich hier von den Linken und den Kantonen beeindrucken lassen.»

Die Ems-Mitbesitzerin musste von der Linken Kritik einstecken, weil sie in der Frage der Dividenden Eigeninteressen verfolge. Das weist Martullo-Blocher zurück: «Persönliche Motive spielten dabei keine Rolle.» Jeder Kanton sei heute frei, die Besteuerung von Dividenden festzulegen, und könne die Steuern erhöhen, wenn er dies für richtig halte.

Gemäss Economiesuisse wären die Auswirkungen verkraftbar gewesen. Die Zusatzbelastung durch eine Erhöhung der kantonalen Dividendenbesteuerung hätte sich fast überall auf unter 2,5 Prozentpunkte beschränkt und wäre durch geplante Senkungen der kantonalen Gewinnsteuern kompensiert worden, schrieb der Steuerexperte des Verbandes den WAK-Mitgliedern. Der Verband, der 100 000 Unternehmen und viele grosse Konzerne vertritt, wehrt sich in der Mail auch gegen die Kritik, dass zahlreiche KMU von der Erhöhung der Dividendenbesteuerung betroffen seien.

In der nationalrätlichen WAK setzte sich die SVP und Martullo-Blocher durch. Auch CVP-Vertreter sahen den Dividenden-Antrag des Ständerats kritisch. «KMU sollen nicht die Zeche für die Entlastung von Konzernen zahlen», sagt Leo Müller auf Anfrage. Die Kantone seien frei, die Höhe der Dividendenbesteuerung festzulegen. Mehrere WAK-Mitglieder sprechen von einem Kuhhandel zwischen der SVP und der CVP. Denn in derselben Sitzung beschloss die Kommission ein Steuerprivileg für Bauern beim Landverkauf, das auf einen Vorstoss Müllers zurückgeht.

## Was sagt das Volk zur Reform?

bleibt die Frage, ob die Steuerreform ohne Kompromisse bei einem Referendum eine Chance hat. Martullo-Blocher sagt, die SVP teile mit Economiesuisse die Auffassung, dass die Reform nötig sei. Die heute privilegierten Unternehmen zahlten 4 Milliarden Steuern und beschäftigten 150 000 Mitarbeiter. Die Kantone müssten Möglichkeiten erhalten, um für Firmen attraktiv zu bleiben und so Steuern und Arbeitsplätze zu sichern. Das WAK-Mitglied Hansjörg Walter (SVP, Thurgau) rechnet damit, dass der Nationalrat den Kantonen anderswo entgegenkommt, etwa beim Anteil an der Bundessteuer.

## Entschädigung für Verdingkinder

**BERN** sda. Ehemalige Verdingkinder und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen sollen 20 000 bis 25 000 Franken erhalten. Der Nationalrat hat gestern dem indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative deutlich zugestimmt. Nach einer emotionalen Debatte hat er sich mit 143 zu 26 Stimmen bei 13 Enthaltungen für ein Gesetz ausgesprochen, das die Zahlungen ermöglicht. Die Volksinitiative lehnte der Rat stillschweigend ab.

## Schnellere Hilfe

Nun muss noch der Ständerat entscheiden. Die Initianten haben in Aussicht gestellt, das Volksbegehren zurückzuziehen, sollte der Gegenvorschlag von beiden Räten angenommen werden. Mit dem Gesetz könne den betroffenen Menschen schneller geholfen werden als mit der Initiative, hiess es im Nationalrat.

Fürsorgliche Zwangsmassnahmen waren in der Schweiz bis 1981 angeordnet worden. Zehntausende von Kindern und Jugendlichen wurden an Bauernhöfe verdingt oder in Heimen platziert, viele wurden misshandelt und missbraucht.

## Nationalrat gegen neues Gesetz

**GESUNDHEIT** sda. Pflegefachpersonen sollen auch künftig nicht direkt mit den Krankenkassen abrechnen dürfen. Der Nationalrat hat sich gegen eine Gesetzesänderung ausgesprochen. Die Pflegefachpersonen fassen nun eine Volksinitiative ins Auge.

Das Ziel stösst auf breite Zustimmung: Der Beruf soll attraktiver werden, damit der steigende Pflegebedarf gedeckt werden kann. Die konkreten Gesetzesänderungen sind jedoch umstritten. Der Nationalrat hat gestern mit 118 zu 67 Stimmen beschlossen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

## «Dringend notwendig»

Neu sollten Pflegeheime, Spitex-Organisationen und selbstständige Pflegefachpersonen Grundpflegeleistungen ohne die Anordnung eines Arztes auf Kosten der Krankenversicherung durchführen dürfen.

«Der Nationalrat weigert sich, die Pflege zu stärken, obwohl es dringend notwendig wäre», erklärte Helena Zaugg, Präsidentin des Berufsverbandes der Pflegefachleute (SBK), gestern Abend in einer Medienmitteilung. Der SBK lanciert nun deshalb eine Volksinitiative.

## Und schon ist die Krise wieder da

**GRIECHENLAND** In Athen geht wieder mal das Geld zur Neige. Die Verhandlungen mit den Gläubigern befinden sich in der Sackgasse.

Seit Monaten ringt Griechenland mit seinen Gläubigern um die Umsetzung der Spar- und Reformvorgaben. Jetzt stecken die Verhandlungen in der Sackgasse. Ein für heute geplantes Treffen der Euro-Finanzminister wurde abgesagt. «Wir brauchen mehr Zeit», liess Euro-Gruppenchef Jeroen Dijsselbloem mitteilen. Derweil geht in Athen wieder mal das Geld zur Neige. Fragen und Antworten zur neuen Griechenland-Krise:

## Was sind die Knackpunkte in den Gesprächen?

Bei den Verhandlungen geht es um Reform- und Sparmassnahmen im Volumen von 5,4 Milliarden Euro. Sie basieren auf den Vorgaben, die Griechenland im Sommer 2015 mit dem damals geschnürten dritten Rettungspaket akzeptierte, und sollen mit Rentenkürzungen und Steuererhöhungen erreicht werden. Jetzt schieben die Gläubiger aber weitere Forderungen nach: Vor allem auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) soll Griechenland weitere Sparmassnahmen von 3,6 Milliarden Euro beschliessen, die in Kraft treten, falls das Land die gesetzten Haushaltsziele nicht erreicht. Dagegen sträubt sich Premier Alexis Tsipras.

## Warum?

Zunächst sei es gemäss griechischer Verfassung nicht möglich, solche Massnahmen auf Vorrat zu beschliessen, heisst es in Regierungskreisen. Zweitens könnte Tsipras Probleme bekommen, ein weiteres Sparpaket durchs Parlament zu bringen. Schon die bevorstehende Abstimmung über das erste Massnahmenbündel dürfte eine Zitterpartie werden. Die Regierung verfügt nur über 153 der 300 Mandate. Mehrere Abgeordnete der Regierungsfraktion haben bereits signalisiert, dass sie weiteren Sparmassnahmen nicht zustimmen werden.

## Bietet die Regierung eine Alternative an?

Statt des geforderten zweiten Notfallpakets schlägt Finanzminister Euklid Tsakalotos einen «fiskalischen Stabilitätsmechanismus» vor, der in Kraft treten soll, sobald der Haushalt aus dem Ruder läuft. In diesem Fall sollen die Staatsausgaben automatisch gekürzt

werden. Eine solche Regelung wäre politisch im Parlament leichter durchsetzbar, weil sie zunächst keine konkreten Einschnitte wie weitere Rentenkürzungen enthält.

## Was sagen die Geldgeber dazu?

Die Gläubigervertreter haben den griechischen Vorschlag am Dienstagabend mehrheitlich zurückgewiesen, und zwar aus dem gleichen Grund, aus dem er aus Sicht der Regierung im Parlament politisch leichter durchsetzbar ist: Er sei zu unbestimmt. Damit hat sich in diesem Punkt der IWF durchgesetzt.

## Warum ziehen sich die Verhandlungen überhaupt so lange hin?

Eigentlich sollte die immer noch laufende erste Überprüfung der Spar- und Reformschritte des dritten Rettungspakets seit Oktober 2015 abgeschlossen sein. An den Verzögerungen ist einerseits die griechische Regierung schuld. Sie brachte mit den Neuwahlen im Frühjahr den Zeitplan in Verzug und war ausserdem mit der Umsetzung vieler Reformen lange im Rückstand. Andererseits stocken die Gespräche aber auch, weil sich die europäischen Geldgeber und der IWF bei der Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung und den Sparauflagen uneins sind.

## Wie geht es jetzt weiter?

Premierminister Tsipras sucht eine Lösung auf politischer Ebene. Er hat gestern bei EU-Ratspräsident Donald Tusk einen Sondergipfel der Euro-Staats- und Regierungschefs beantragt. Es ist aber ungewiss, ob ein solches Spitzentreffen überhaupt den Durchbruch bringen würde – sofern es überhaupt stattfindet. Danach sieht es bisher nicht aus. Tusk äusserte sich in einem Telefonat mit Tsipras hinhaltend. Auch in Berlin sieht man keine Notwendigkeit für einen solchen Gipfel. Die Probleme sollen im Kreis der Finanzminister gelöst werden. EU-Ratspräsident Tusk will sich jetzt bemühen, in den nächsten Tagen ein entsprechendes Treffen zu arrangieren.

## Was passiert, wenn die Gespräche scheitern?

Dann könnte Griechenland schon bald wieder, wie im Sommer 2015, an den Rand der Staatspleite geraten. Denn nur wenn die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden, fliessen weitere Hilfgelder nach Athen. Der Finanzminister braucht jeden Monat rund 1,5 Milliarden Euro, um Gehälter und Renten zu bezahlen. Schon Ende Mai droht ein Zahlungseingpass. Dramatisch wird die Lage spätestens im Juli: Dann muss Griechenland 3,66 Milliarden Euro für Zinsen und Tilgungen fälliger Staatsan-

leihen aufbringen. Ohne neue Finanzspritzen ist das nicht zu schaffen.

## Könnte Tsipras Zuflucht zu Neuwahlen nehmen, wie im Herbst 2015?

Geld käme dadurch nicht in die Kasse, im Gegenteil: Ein weiterer Wahlkampf könnte die Griechenland-Rettung endgültig aus dem Gleis werfen und zu einem Grexit führen. Anders als im vergangenen September kann Tsipras sich diesmal auch nicht sicher sein, Neuwahlen zu gewinnen: In allen Umfragen liegen seit Wochen die oppositionellen Konservativen deutlich vorn.

## Welche anderen Möglichkeiten hätte Tsipras?

Wenn er das Sparpaket nicht durchs Parlament bekommt, bedeutet das wahrscheinlich den Sturz seiner Regierung. Und wenn Tsipras Neuwahlen vermeiden will, könnte er versuchen, eine neue Koalition auf breiterer Basis mit anderen proeuropäischen Parteien zu bilden und parteilose Technokraten ins Kabinett zu holen. Bisher hat Tsipras solche Modelle aber abgelehnt. Mehrere Oppositionsparteien würden sich an einer «Regierung der nationalen Einheit» beteiligen – aber nicht unter einem Premier Tsipras.

GERD HÖHLER, ATHEN  
nachrichten@luzernerzeitung.ch



Griechenlands Premier Alexis Tsipras blickt weiterhin schwierigen Verhandlungen mit der EU entgegen.

EPA/Simela Pantartziti